

**Offener Brief**

Frau  
Dr. Angela Merkel MdB  
Bundeskanzlerin der  
Bundesrepublik Deutschland  
Bundeskanzleramt  
11012 Berlin

Berlin, den 18.09.2019

**Erreichung der Klimaziele 2030**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir, der GdW, Deutscher Mieterbund und Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, sind in großer Sorge, dass die Klimaziele 2030 im Gebäudebereich mit den aktuell im Rahmen des Klimakabinetts diskutierten Maßnahmen bei Weitem nicht erreicht werden.

Die avisierte CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist für den Gebäudebestand kein Patentrezept, das alle Probleme löst und die richtige Lenkungswirkung hat. Für Klimaschutzinvestitionen sind dringend weiterhin Investitionszuschüsse oder steuerliche Erleichterungen notwendig. Ohne eine massiv aufgestockte Zuschussförderung für die energetische Gebäudemodernisierung werden sich Mieter noch stärker gegen Klimaschutzmaßnahmen wehren und Vermieter noch tiefer zwischen die Mahlsteine Klimaschutz und Sozialverträglichkeit geraten. Wir sind hoch alarmiert von verschiedenen Ideen, diese notwendige Finanzierung durch „andere Maßnahmen“ zu ersetzen. Aus unserer Erfahrung heraus produzieren „andere Maßnahmen“ weniger statt mehr energetische Modernisierung.

Wir verwenden uns hiermit noch einmal stark dafür, dass für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe „energetische Gebäudesanierung“ die entsprechenden gesellschaftlichen Mittel bereitgestellt werden.

Am 10.09.2019 sind wir mit diesem Anliegen in die Öffentlichkeit gegangen, alle Unterlagen dazu finden Sie hier. **Es ist davon auszugehen, dass ein Finanzierungsdelta von 6 Mrd. EUR p.a. für vermietete Wohnungen und mindestens 14 Mrd. EUR p.a. insgesamt für Wohngebäude überbrückt werden muss.** Diese Mittel müssen nicht sofort bereitstehen, sie sollten über mehrere Jahre mit z. B. 1,5 bis 2 Mrd. EUR pro Jahr aufwachsen. Sie benötigen eine langfristige Perspektive mindestens bis 2030, damit Bauwirtschaft und Bauindustrie die notwendigen Kapazitäten aufbauen. Die notwendige Planungssicherheit für die Bauwirtschaft lässt sich nicht erreichen, wenn die Mittel den laufenden Haushaltsberatungen unterliegen. Hier bietet sich eine Fondslösung an.

Andernfalls sollte – auch öffentlich – klar kommuniziert werden, dass entweder die Klimaziele 2030 im Gebäudebereich nicht erreicht werden oder es zu sozialen Härten kommt, und zwar insbesondere bei den 40 % der Haushalte, die die untere Einkommensgruppe bilden und deren Gehaltsentwicklung in den vergangenen Jahren inflationsbereinigt stagnierte.

Wir möchten Sie bitten, Ihren Einfluss als Kanzlerin dahingehend einzusetzen, dass die Klimaziele im Gebäudebereich nicht bereits am 20. September Makulatur sind.



**Lukas Siebenkotten**  
DMB (Deutscher Mieterbund)



**Michael Groschek**  
Staatsminister a.D.  
DV (Deutscher Verband)



**Axel Gedaschko**  
GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs-  
u. Immobilienunternehmen e.V.)